

# Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 74

8. Juli

1916

## Bekanntmachung

über den Verkehr mit Obst. Vom 4. Juli 1916.

Im Nachgang zu unserer Bekanntmachung über den Verkehr mit Obst vom 27. Juni 1916 wird das folgende bestimmt:

§ 1. Beim Verkauf nachstehend bezeichneter Obstsorten durch den Erzeuger dürfen höchstens folgende Preise (Erzeugerpreise) beansprucht, genommen und bezahlt werden:

für Frühäpfel für das Pfund	20 Pfg.
für Frühbirnen für das Pfund	22 Pfg.
für Haselnuß für das Pfund	5 Pfg.

Beim Weiterverkauf an den Verbraucher durch den Handel dürfen höchstens folgende Preise (Verbraucherpreise) beansprucht, genommen und bezahlt werden:

für Frühäpfel für das Pfund	25 Pfg.
für Frühbirnen für das Pfund	27 Pfg.
für Haselnuß für das Pfund	7 Pfg.

Verkauf der Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher frei desseits Haus oder auf dem Wochenmarkt, so darf er die Verbraucherpreise beanspruchen.

Die vorstehend angeführten Preise gelten nur für den Monat Juli.

§ 2. Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Darmstadt, den 4. Juli 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

## Bekanntmachung.

Betr.: Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl.  
An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Den von den Kommunalverbänden mit Brot zu versorgenden Mannschaften des Soldatenstandes sind vom Tage der Bekanntmachung bis zum 15. August 1916 Brotzulagen wie Schwerarbeitern zu gewähren. Die hierfür benötigten Mengen Mehl sind bis zum 10. ds. Mts. beim Kommunalverband, Mehlverteilungsstelle, anzufragen.

Gießen, den 6. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. Dr. Ufinger.

Betr.: Den Termin für die Einreichung der Kirchenrechnungen für 1915.

An die Kirchenvorstände des Kreises.

Der späteste Termin für die Ablieferung der Kirchenrechnung an Sie ist auf Ende August festgesetzt.

Wir beauftragen Sie, die Rechnung entsprechend zu beenden und zur rechtzeitigen Ablieferung anzuhalten. Bei Nichterhaltung dieses Ablieferungsstermins wollen Sie uns alsbald berichten.

Die Rechnungen müssen von Ihnen bis spätestens Ende September an Großh. Oberrechnungskammer, Justizfakultät II, Abteilung, eingereicht werden.

Nach dem Ausschreiben Großh. Oberkonsistoriums vom 28. Juli 1915 — Verordnungsblatt Nr. 12 von 1915 — ist der Nachweis über den an den evang. Zentralkirchenfonds abzuleistenden Ueber- schuß des Einkommens der Pfarrstelle nicht mehr, wie bisher, an uns, sondern an den evang. Zentralkirchenfonds ohne Begleitbericht einzusenden.

Der bis spätestens zum 1. Oktober l. J. zu erstattenden Anzeige über die erfolgte Ablieferung der Kirchenrechnung an die Großh. Oberrechnungskammer ist aber von dem Kirchenvorstand Vermerk beizufügen, daß, wann und mit welchem ablieferungspflichtigen Betrag der Nachweis über das Extragut der Pfarrstelle an den evang. Zentralkirchenfonds abgesandt worden ist.

Gießen, den 6. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

## Bekanntmachung.

Betr.: Versorgung der ärmeren Zivilbevölkerung mit Bodenleber.  
An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Um das Befehlen von Schuhwerk für die minderbemittelte Zivilbevölkerung zu verbilligen, hat das Königl. Preuss. Kriegsministerium Sohlleder (Bodenleber) zur Hälfte des Höchstpreises den Bundesstaaten zur Verfügung gestellt unter der Bedingung, daß die bestimmungsgemäße Verwendung überwacht werde. Die Ausgabe dieses Leders erfolgt in Dessen durch die Handwerker-Zentralgenossenschaft zu Darmstadt, Redarstr. 3.

Zur minderbemittelten Bevölkerung zählen diejenigen Personen, die mit ihrer Familie nach der letzten Steueranmeldung in den Orten der Tarifklasse E\*) 750 M. und weniger in den Orten der Tarifklasse C u. D\*) 900 M. und weniger in den Orten der Tarifklasse A u. B\*) 1100 M. und weniger Einkommen haben.

\*) Vergleichs Reichsgesetz vom 6. Juli 1914 R.G.B. S. 272.

Wer hiernach berechtigt ist und von der Möglichkeit des Bezugs Gebrauch machen will, hat sich wegen eines Bezugsscheins an die Gr. Bürgermeisterei (Ortspolizeibehörde) seines Wohnorts zu wenden. Die Ausstellung eines solchen Bezugsscheins darf nur nach Prüfung des Bedürfnisses erfolgen, wobei auf Vorlage des Steuerzettels des Nachsuchenden hin zu bestätigen ist, daß dieser zu den bedürftigen Ortsbewohnern gehört und daß der mit der Beschaffung des Schuhwerks zu beauftragende Schuhmacher hinsichtlich der bestimmungsgemäßen Verwendung des Sohlleders Vertrauen verdient. Mit dem Bezugsschein begibt sich der Nachsuchende zu dem Schuhmacher, der auf der Rückseite des Scheins eine Schablone der Sohle reißt und durch seine Unterschrift die Verpflichtung übernehmen wird, das überlassene Sohlleder von der Handwerker-Zentralgenossenschaft gegen Vorkahlung zu beziehen, es für das Schuhwerk des bezugsberechtigten Auftraggebers zu verwenden und diesem die Schuhe gegen Ersatz der Ausgaben zuzüglich des Arbeitslohnes auszuhandigen. Vor Ausfertigung des Bezugsscheins, dessen Muster unten abgedruckt ist, ist er mit einer Nummer zu versehen und mit dieser in die von der Gr. Bürgermeisterei (Ortspolizeibehörde) zu führende Liste einzutragen. Gegen Einreichung des Bezugsscheins durch den Schuhmacher wird ihm die Handwerker-Zentralgenossenschaft die nach der gerissenen Schablone gestanzten Sohlen unter Nachnahme übergeben.

Die bestimmungsgemäße Verwendung ist von Ihnen zu überwachen.

Wo es sich um Arme handelt, wird der zuständige Armenverband die Bezahlung des Leders wie des Schuhmachers zu übernehmen haben.

Die erforderlichen Formulare können von den Großh. Bürgermeistereien bei der Handwerker-Zentralgenossenschaft bezogen werden.

Da die zur Verfügung gestellten Leder mengen sehr beschränkt sind, so machen wir es Ihnen zur Pflicht, nur das dringendste Bedürfnis anzufordern.

Vorstehendes ist ortsüblich bekannt zu machen.

Gießen, den 6. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Gemeinde . . . . .

Kreis . . . . .

Bezugsschein Nr. . . . .

Betr.: Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Bodenleber.

Bescheinigung

der Gr. Bürgermeisterei (Ortspolizeibehörde) der Gemeinde

. . . . . Kreis . . . . .

Nach Prüfung des Bedürfnisses bescheinigen wir, daß der (Vor- und Zuname, Beruf) in . . . . . aus-  
weislich des Steuerzettels zur minderbemittelten Bevölkerung der Gemeinde gehört und hiernach zum Bezug von Leder berechtigt erscheint. Bezüglich des mit dem Befehlen des Schuhwerks zu beauftragenden Schuhmachers (Vor- u. Zuname) in . . . . . wird bescheinigt, daß er hinsichtlich der bestimmungsgemäßen Verwendung des Sohlleders Vertrauen verdient.

Die Verwendung des Leders wird außerdem von uns überwacht.

. . . . . (Ort) . . . . . (Datum)

Großh. Bürgermeisterei (Ortspolizeibehörde).

Siegel.

Anerkennung.

Der unterzeichnete Schuhmacher . . . . . in . . . . .  
Kreis . . . . . hat es übernommen, für . . . . . (Vor- u. Zuname) . . . . . (Beruf) in . . . . .  
ein Paar Herrenschuhe  
Frauenschuhe  
Kinderschuhe zu beziehen. Aus der auf umstehender Seite

gerissenen Schablone ist ersichtlich, wieviel Sohlleder erforderlich ist. Der Unterzeichnete übernimmt es, dieses Sohlleder nur für das Schuhwerk seines Auftraggebers zu verwenden und bei Empfang der gestanzten Sohle Bezahlung hierfür an die Handwerker-Zentralgenossenschaft zu leisten. Er verpflichtet sich zugleich, das fertiggestellte Schuhwerk dem Auftraggeber gegen Ersatz des der Handwerker-Zentralgenossenschaft bezahlten Betrages zuzüglich des Arbeitslohnes auszuhandigen.

. . . . . (Ort) . . . . . (Datum)

. . . . . (Unterschrift).

Schablone Nr. . . . .

für das Schuhwerk des . . . . . in . . . . .

Zu beachten: Der ausgefüllte Schein ist zu senden an die Handwerker-Zentralgenossenschaft, Darmstadt, Redarstr. 3.